



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 9 - V - 5 0 - 0 0 0 9**

(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) VI

Orientierungs- und Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete im Rechtskreis
Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
		<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent

Manjura

Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz

Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: 55.696.932,63
 in %: 15,3

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperre, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
Summe einmalige Kosten:									

		2020 ff	Orientierungs- und Integrationskur- se für Geflüchtete	125.500	125.500		103629	Wird noch angelegt	51 Hilfen für Flüchtlinge nicht abrechenbar
Summe Folgekosten: 2020ff				125.500	125.500				

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Zur Durchführung notwendiger Orientierungs- und Integrationsmaßnahmen im Rechtskreis AsylbLG sind zur Umsetzung des Integrationskonzeptes Geflüchtete Mittel in Höhe von ca. 125.500 € pro Jahr in den Haushalt 2020/2021 einzustellen.

Anlagen:

1. Übersicht Maßnahmen inkl. deren Finanzierung für Geflüchtete 2018/2019
2. Maßnahmenplanung 2020/2021

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen:

- 1.1 Im Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge werden in Ausführung des Integrationskonzeptes für Geflüchtete die vom Land der Stadt zugewiesenen Geflüchteten direkt in Informationsmodule und niederschwellige Maßnahmen des Sozialdienstes Asyl zugewiesen bzw. zur Teilnahme daran verpflichtet. Diese dienen u. a. der Orientierung in der Zivilgesellschaft und der Vorbereitung auf eine spätere Ausbildungs- bzw. Erwerbsintegration durch das Kommunale Jobcenter.
- 1.2 Die in den Jahren 2018 und 2019 durchgeführten Maßnahmen und deren Finanzierung sind in Anlage 1 dargestellt.
- 1.3 Die für die Jahre 2020/2021 geplanten und von der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Teil auch selbst zu finanzierenden Maßnahmen sind in Anlage 2 dargestellt.

2. Es wird beschlossen:

- 2.1 Die erforderlichen Mittel i. H. von 125.500 € jährlich, zur Durchführung notwendiger Orientierungs- und Integrationsmaßnahmen im Rechtskreis AsylbLG, werden von Dez. VI/50 zum HH 2020/2021 als weitere Bedarfe angemeldet und sind im Rahmen der Haushaltsberechnungen zuzusetzen.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Das Maßnahmenmanagement für Geflüchtete (500131/neu 500540) ist zuständig für die Wiesbaden zugewiesenen Geflüchteten, bis diese nach Anerkennung einer Asylberechtigung gemäß § 16 a GG oder Anerkennung von Flüchtlingseigenschaften i. S. d. Genfer Flüchtlingskonvention zur Vermittlung von Ausbildung und Arbeit in die Zuständigkeit des Kommunalen Jobcenters übergehen.

Alle neu nach Wiesbaden zugewiesenen Personen werden zu ersten Orientierungs- und Integrations- sowie Sprachkursen zugewiesen und in niederschweligen Maßnahmen zum Erwerb erster Arbeitserfahrung verpflichtet. Außerdem werden Personen, die bereits länger in Wiesbaden leben und noch keine Angebote wahrgenommen haben, zugewiesen und verpflichtet.

Bis 31.12.2019 erfolgte die Finanzierung über Kooperationsmittel.

Um das Integrationskonzept auch weiterhin umsetzen zu können, werden Mittel zur

Maßnahmenfinanzierung benötigt. Die Investition dieser Mittel ist zur Aufrechterhaltung bestehender und Durchführung neuer bedarfsgerechter Maßnahmen dringend notwendig, um Geflüchteten die soziale und wirtschaftliche Integration zu ermöglichen, was auch zu einer Bereicherung und Entlastung der Stadtgesellschaft beiträgt.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 3. April. 2019

Manjura
Stadtrat